



Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein

Haushaltsrede 2009

Bürgermeister Wilhelm Zeiser

Stadtrat Ludwigshafen am 08. Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die auch für Ludwigshafen gesetzlich verordnete Zeit des doppischen Haushaltes beginnt.

Mit dem Schlagwort „vom Geldverbrauchs- zum Ressourcenverbrauchskonzept“ wird die bewährte, uns allen bekannte Kameralistik abgelöst.

Der neue doppische Haushalt wird die Haushaltsberatungen nicht erleichtern. Sie werden sich an ein neues System der Darstellung, an neue Begriffe, einen neuen Aufbau gewöhnen müssen. Nach mehreren theoretischen Vorstellungen im Stadtrat und Zwischenberichten in Ratsgremien in den letzten 2 Jahren, haben wir in zwei Schulungen für Stadträte am 28. August und am 3. September versucht ihnen einen ersten Einblick in die Grundzüge eines doppischen Haushaltes zu geben, dennoch fällt das Lesen nicht leicht und ist ungewohnt.

Weil die doppische Systematik auch für die Verwaltung Neuland ist, haben wir für die Zahlenerstellung mehr Zeit gebraucht als zunächst gedacht. Dies geht allen großen Städten und Verwaltungen im Lande mit denen wir geredet haben so; unser Aufwand ist ungleich größer als bei Verbandsgemeinden oder Landkreisen.

Die einzelnen Bereiche in der Verwaltung haben ihre Zahlen auf Produkte und Kostenstellen umgebucht, die Kämmerei hat die Meldungen überprüft, z.T. korrigiert, und das Ganze zu einem doppischen Haushalt 2009, mit Fortschreibungen bis 2012 (so lange ist die vorgeschriebene Planperiode) zusammengeführt. Diese Prüfungen mit entspr. Korrekturen haben Zeit gebraucht und sind Grund für die Verschiebung der Einbringung vom 29. September auf den 8. Dezember gewesen.

Zur besseren Verständlichkeit des Entwurfes erhalten Sie heute mit den Unterlagen einen von Herrn Hofmann, Kämmerei, gefertigten ausführlichen Vorbericht, in dem dargestellt ist, wie der doppische Haushalt aufgebaut und wo der Unterschied zum bisherigen kameralen Haushalt ist.

Die Grundzüge und Zusammenhänge will ich Ihnen, - auch wenn es etwas Zeit kostet -, Heute erläutern:

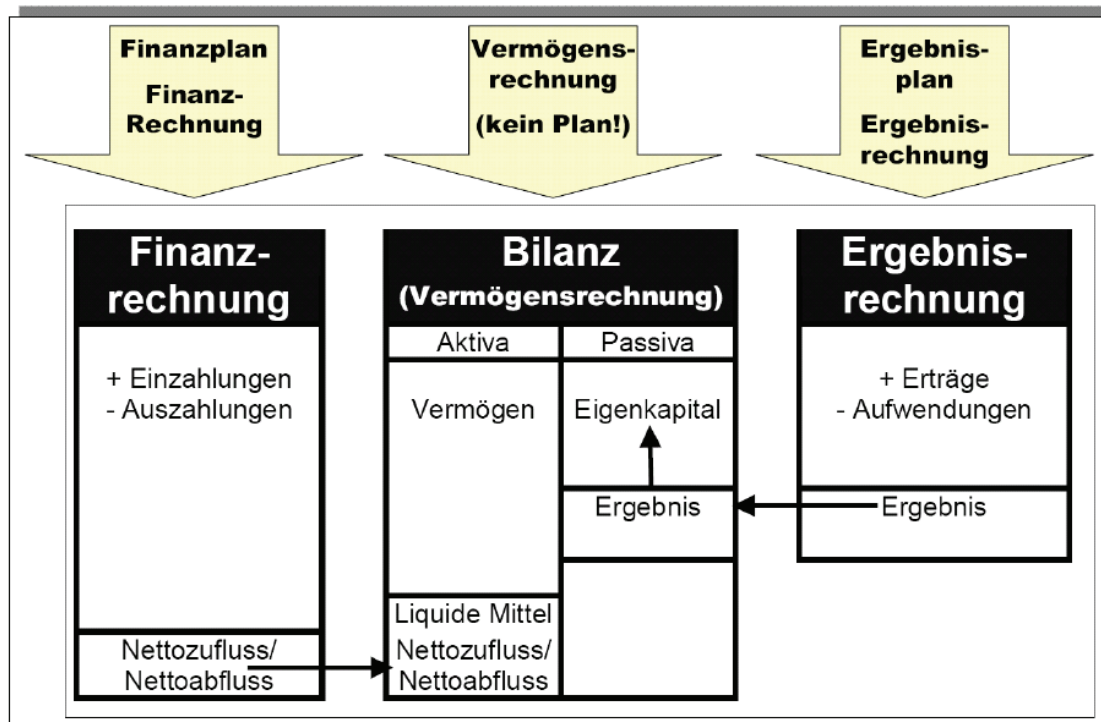
Der Kamerale Haushaltsplan war grundsätzlich in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt gegliedert.

Die Kommunale Doppik beruht auf dem sog. Drei-Komponenten-System. Man unterscheidet dabei in

- Vermögensrechnung (= Bilanz)
- Ergebnisrechnung (= Gewinn- u. Verlustrechnung) und

- Finanzrechnung (= Kapitalfluß bzw. Cashflow-Rechnung)

Schaubild 1



Diese drei Komponenten sind miteinander verbunden, indem das

- Ergebnis der Finanzrechnung die Entwicklung der liquiden Mittel in der Bilanz widerspiegelt, und
- das Ergebnis („Gewinn“ oder „Verlust“) der Ergebnisrechnung, das Eigenkapital verändert.

Finanzrechnung und Ergebnisrechnung wiederum verbinden in vielen Fällen die einzelnen Geschäftsvorfälle bei ihrer Entstehung (Ertrag/Aufwendung) und ihrem Vollzug (Einzahlung/Auszahlung).

Im weiteren Sinn ist dies mit den Soll- und Ist-Buchungen im kameralen Verfahren vergleichbar.

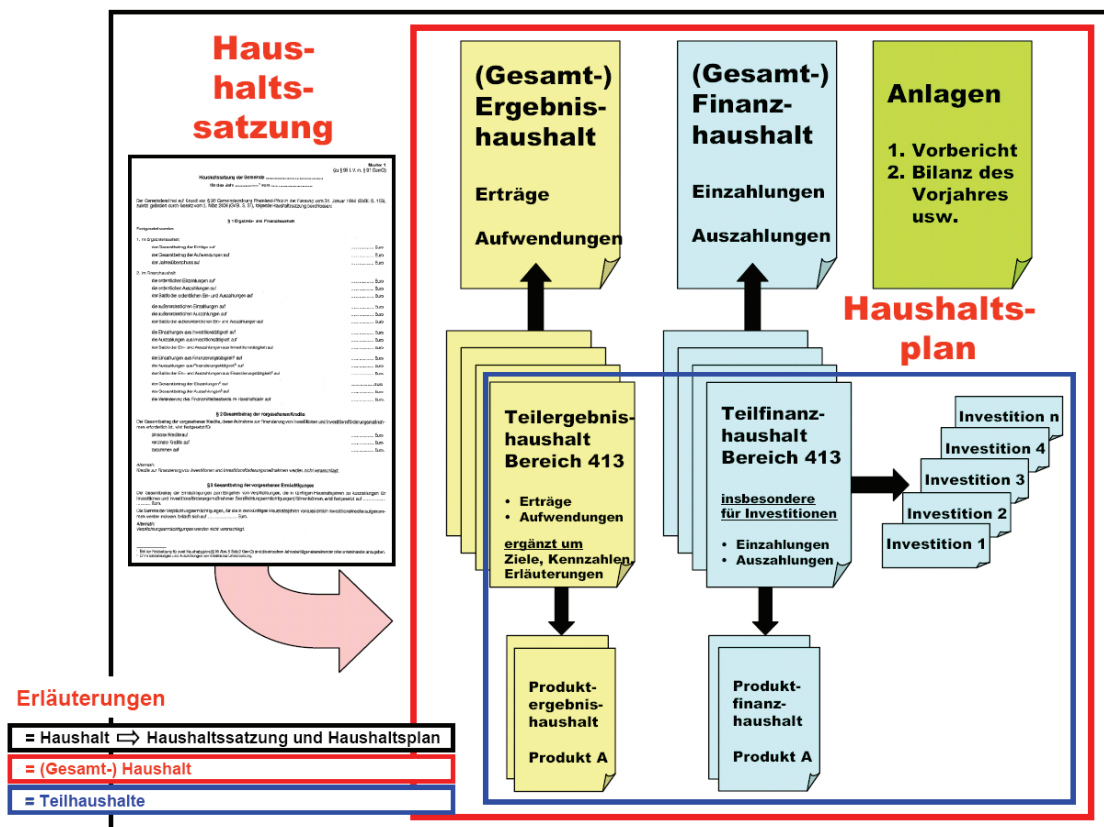
Der **doppische Haushaltsplan**, den sie Heute erhalten, besteht aus

- dem **Ergebnishaushalt** (entspricht in etwa dem früheren Verwaltungshaushalt) und
- dem **Finanzhaushalt** (entspricht in Teilen dem früheren Vermögenshaushalt).

Diese werden, - wie bisher -, **ergänzt um den Stellenplan**, und **tiefer gegliedert** in sogenannte **Teilhaushalte** (vgl. § 96 Abs. 4 GemO).

Schaubild 2

Graphisch kann der Haushalt daher wie folgt dargestellt werden:



Im **Ergebnishaushalt** werden die laufenden Erträge und Aufwendungen dargestellt, insbesondere auch die Aufwendungen für Abschreibungen.

Im **Finanzhaushalt** werden, wie in der Kameralistik, die Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt, also das „Ist“ der Erträge und Aufwendungen. Insbesondere erscheinen hier Einzahlungen und Auszahlungen für Geschäftsvorfälle, die keine Erträge bzw. Aufwendungen sind, wie

- **Investitionen und ihre Finanzierung und**
- **die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit, Kreditaufnahme und Tilgung**

Für jeden Haushaltsplan gibt es also einen Gesamt-Ergebnishaushalt und einen Gesamt- Finanzhaushalt, und tiefer gegliedert die Teilhaushalte (§ 4 GemHVO)

In Ludwigshafen haben wir nach der bisherigen Praxis **Teilhaushalte institutionell nach der Organisation der Bereiche** eingerichtet. Das heißt, die bisherigen Budgets bilden nun die Teilhaushalte.

Es gibt auch weiter **fiktive Teilhaushalte**, in denen die Steuern, Zahlungen an verbundene Unternehmen (also die städtischen Töchter) und zentral zu veranschlagende Personalaufwendungen enthalten sind.

Die Teilhaushalte sind **produktorientiert** aufzustellen mit der Folge, dass unterhalb der Teilhaushalte eine Tiefergliederung in Produktergebnishaushalte und Produktfinanzhaushalte erfolgt.

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind im Teilfinanzhaushalt darzustellen, und zwar in dem Teilhaushalt der Verwaltung, der für die jeweilige Investition zuständig ist.

Das bedeutet zum Beispiel,

- dass alle Straßenbaumaßnahmen im Teilhaushalt des Bereiches 4-14 „Tiefbau“ veranschlagt sind, oder
- die Beschaffung des beweglichen Vermögens, das den Bereich „Finanzen“ betrifft, im Teilhaushalt 2-11,
- Schulbaumaßnahmen im Teilhaushalt 4-13 „Gebäudemanagement“ zu ersehen sind, und nicht etwa im Teilhaushalt 3-13 „Schulen“.

Einen Vermögenshaushalt gibt es nicht mehr, Ein- und Auszahlungen für Investitionen werden, - wie gesagt -, im Finanzhaushalt dargestellt.

Schaubild 3

		Finanzhaushalt für kreisfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise						Erläuterung		
Erklärung	fd. Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnisse des Haushalts- vorvorjahres	Ansätze des Haushalts- vorjahres rechtl. Nachträge	Ansätze des Haushalts- jahres	Planungs- daten des Haushalts- folgejahres	Planungs- daten des zweiten Haushalts- folgejahres	Planungs- daten des dritten Haushalts- folgejahres	Rechen- vorschrift	Konten- nummer
Ordnentliche und außerordentliche Tätigkeit	1	+ Steuern und ähnliche Abgaben								06
	2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererlöszahlungen								61
	3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung								62
	4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								63
	5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								64
	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen								641
	7	+ Erhöhungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen								642
	8	+ Verminderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen								65
	9	+ Andere aktivierte Eigenleistungen								651
	10	+ Sonstige laufende Einzahlungen								652
	10	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit								Σ 1 bis 9
	11	- Personalauszahlungen								70
	12	- Versorgungsauszahlungen								71
	13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								72
	14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen								74
	15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung								76
	16	- Sonstige laufende Auszahlungen								76 J. 7695
17	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit								Σ 11 bis 16	
18	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit								10 J. 17	
19	+ Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaustrahlungen								67	
20	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen								77	
21	Saldo der Zins- und sonstigen Finanz- und -auszahlungen								19 J. 20	
22	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen								18 + 21	
23	+ Außerordentliche Einzahlungen								069	
24	- Außerordentliche Auszahlungen								7053	
25	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen								20 J. 24	
26	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen								22 + 25	
Investitionstätigkeit	27	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen								081
	28	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								682 + 683
	29	+ Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände								684
	30	+ Einzahlung für Sachanlagen								685
	31	+ Einzahlung für Finanzanlagen								686
	32	+ Einzahlung aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen								687
	33	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten								688
	34	+ Sonstige Investitionseinzahlungen								689
	35	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit								Σ 27 bis 34
	36	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände								781 + 784
	37	- Auszahlungen für Sachanlagen								785
	38	- Auszahlungen für Finanzanlagen								786
	39	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen								787
	40	- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten								788
41	- Sonstige Investitionsauszahlungen								789	
42	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								Σ 36 bis 41	
43	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit								35 J. 42	
44	Finanzmittelinüberschuss / -fehlbetrag								28 + 43	
Veränderung des Finanzmittelinüberschusses / -fehlbetrags	45	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten								691 + 692
	46	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten								791 + 792
	47	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten								45 J. 46
	48	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung								693 + 694
	49	- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung								793 + 794
	50	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung								48 J. 49
	51	+ Abnahme der liquiden Mittel								795 + 796
	52	- Zunahme der liquiden Mittel								696 + 698
	53	Veränderung der liquiden Mittel								51 J. 52
	54	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
	55	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern								699
	56	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern								799

§ 3 GemHVO
Finanzhaushalt
(1) Im Finanzhaushalt sind mindestens die folgenden Posten gesondert in der angegebenen Reihenfolge auszuweisen:
1. Steuern und ähnliche Abgaben,
2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererlöszahlungen, usw.

← Investitionen

← Finanzierung

Zu erwähnen ist noch die sog. Kosten- und Leistungsrechnung. Gemäß § 12 GemHVO soll sie für alle Aufgabenbereiche eingeführt werden, und zwar

- als Grundlage für die Verwaltungssteuerung, sowie
- für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und
- Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist in den Haushalt integriert, d.h. bereichsinterne Umlagen für allgemeine Kosten oder Nebenkosten sind in den Haushaltsansätzen bereits vorgesehen.

Zurück zum Ergebnishaushalt: Er beinhaltet also die **Erfolgsgrößen**

- Aufwand und
- Ertrag.

Die Differenz dieser beiden Größen bildet das Ergebnis, das ein Gewinn oder ein Verlust sein kann.

Im ersten Jahr der doppelten Haushaltsplanung 2009 muss auf die Darstellung der **noch kameral** ermittelten Zahlen des Haushaltsvorjahres (2007) und des Haushaltsvorjahres (2008) wegen mangelnder systematischer Vergleichbarkeit verzichtet werden.

Dies ist nach **§ 17 KomDoppikLG** zulässig und hat der Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen. Wenn ich dennoch versuche einzelne Vergleichszahlen zu nennen, sind diese „händisch“ ermittelt worden.

Für die Haushaltsberatungen gilt grundsätzlich, sie können die Ergebniszahlen der Teilhaushalte nicht mit den Schlusszahlen der Unterabschnitte 2008 vergleichen. Einen Vergleich von Einzelpositionen, d.h. mit einzelnen Haushaltsstellen 2008 ist ebenfalls schwer möglich, denn diese sind per gesetzlicher Vorgabe in „Sammelpositionen“ eingeflossen. Zur Aufklärung haben wir von den Fachdienststellen gemeldete Erläuterungen zu Sammelpositionen dargestellt, ergänzend müssen die Fachbereiche für die Haushaltsberatungen Detaillisten mit den Haushaltsansätzen 2008 und den Ansätzen 2009 liefern.

Die Kämmerei hat die Anmeldungen der Fachdienststellen, die auf der Basis des Jahres 2008 erstellt wurden, im Ergebnishaushalt unverändert übernommen.

Was erhalten wir nun durch die kommunale Doppik, und zwar gemäß der Erwartung des Gesetzgebers,

- mehr Transparenz durch Darstellung der Produktkosten,
- Generationengerechtigkeit, indem der aktuelle Kostenverzehr und die Belastungen für nachfolgende Generationen dargestellt werden,
- bessere Steuerungsmöglichkeiten durch inhaltlich hinterlegte Kennzahlen,
- die Einführung von Rückstellungen (insbesondere Pensionsrückstellungen) als Zukunftsvorsorge, und die
- Einführung von Abschreibungen, die den Werteverzehr bei Investitionen abbilden und möglichst ausgleichen sollen.

Ob diese Erwartungen erfüllt werden, muss jeder für sich entscheiden; ich habe dazu eine eher skeptische Meinung.

Was wir auf alle Fälle aber nicht erhalten, ist mehr Geld. Im Gegenteil das auszuweisende Jahresergebnis 2009 und die Ergebnisse der

Folgejahre erhöhen sich um die vorzunehmenden Investitionsabschreibungen.

51,39 Mio. € würde 2009 des Jahresdefizit sein, hinzu kommen jedoch neu zsl. rund 39,15 Mio. Abschreibungen, so dass das Gesamtdefizit 2009 auf 90,54 Mio. € steigt.

Da wir die Abschreibungen nicht erwirtschaften, können wir die Substanzwertverluste für unsere Schulen, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude, Straßen, Brücken usw. auch nicht ausgleichen, wir buchen also quasi die Abschreibungssummen zsl. auf die normalen Defizite „obendrauf“ und haben mangels Überschüssen keine Mitfinanzierungsmöglichkeiten im investiven Bereich des Finanzplanes.

Bilanziell, werden die erhöhten Jahresdefizite dann am Eigenkapital abgesetzt, was zur Folge haben wird, - weil auch die Folgejahre bis 2012 hoch defizitär sind -, nämlich

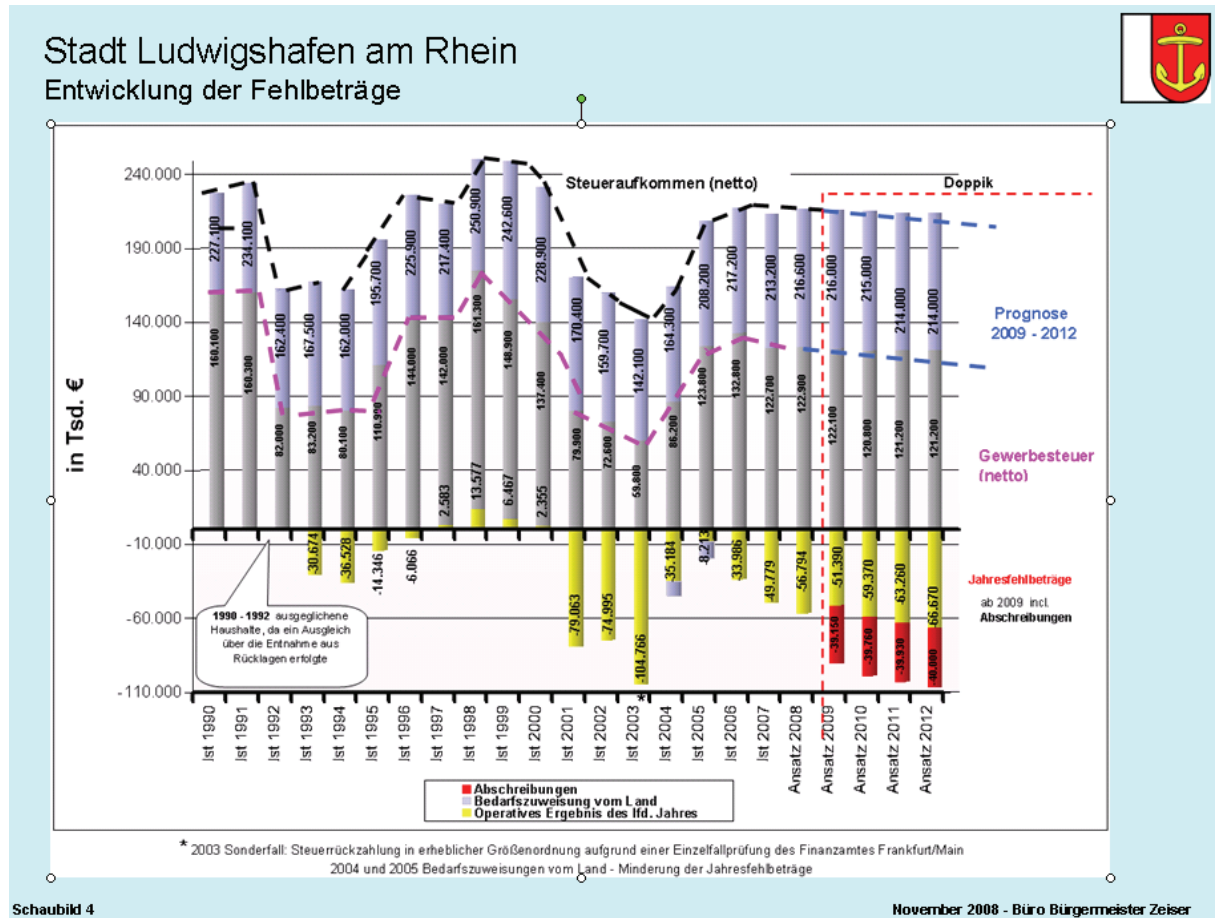
2010 = minus 99,13 Mio. € (darin 39,76 Mio. Abschreibungen)

2011 = minus 103,19 Mio. € (darin 39,93 Mio. Abschreibungen)

2012 = minus 106,67 Mio. € (darin 40,0 Mio. Abschreibungen),

dass dann das Eigenkapital absehbar aufgezehrt und negativ werden kann. Das heißt unsere Schulden könnten in einigen Jahren höher sein wie unser Vermögen.

Schaubild 4



Wann dies genau sein wird, wissen wir erst wenn wir eine Eröffnungsbilanz mit dem bis dahin ermittelten Eigenkapital vorgelegt haben. Wir brauchen hierzu zunächst den Stichtagsabschluss zum 31.12.2008, danach soll die Bilanz, - so die gesetzliche Vorgabe -, mit Darstellung der Aktiva, Passiva und was sonst dazugehört spätestens bis zum 30.11.2009 vom Stadtrat festgestellt werden.

Unternehmen hätten bei solchen Zahlen schon lange Insolvenz anmelden müssen, wären Pleite; Kommunen können dies laut Gesetz ja nicht werden, - was aber kein Trost ist.

Die Zinsen für die Finanzierung der negativen Jahresergebnisse werden uns zukünftig noch mehr einschnüren, denn der Zinseszins-Effekt beschleunigt zusätzlich die Negativspirale.

Ich komme zurück zum Ergebnishaushalt, der leider mit einem Defizit von 90,54 Mio. € in 2009 endet.

Konkret beschlossen in Form der Haushaltssatzung wird nur das Jahr 2009. Die Folgejahre sind nachrichtlich darzustellen; wobei man anmerken muss, dass Steuer- oder Ausgabeschätzungen bis 2012 kaum seriös möglich sind.

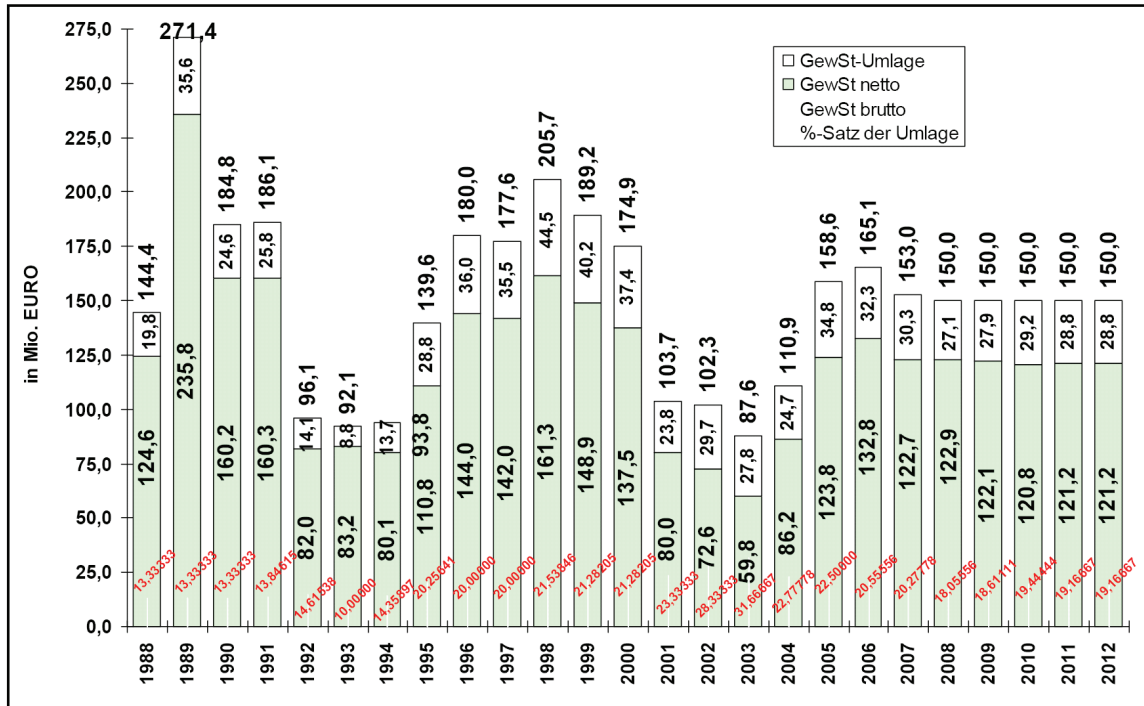
Haushaltssystematisch entspricht dieses Verfahren in etwa dem, was sich bisher Finanzplanung und mittelfristiges Investitionsprogramm genannt hat.

Nach der Prognose sind also alle Folgejahre bis 2012 hoch defizitär, Erträge und Aufwendungen stehen mithin in einem dauerhaften Missverhältnis.

Was die Erträge angeht, erwarten wir, ohne die inneren Verrechnungen, 2009 eine Gesamteinnahme von rd. 393,0 Mio. €; 2,8 Mio. über dem Niveau dieses Jahres (2008) mit 390,2 Mio. €.

Die Gewerbesteuer ist und bleibt unsere dominierende Einnahmequelle. Für 2009 und die Folgejahre bis 2012 haben wir 150 Mio. € eingeplant, von denen uns Netto jeweils etwa 121 Mio. verbleiben. Wobei niemand derzeit vorhersagen kann, wie die wirtschaftliche Entwicklung weitergeht und wie sich die Folgen der sog. Finanzmarktkrise konkret in Zahlen auswirken.

Schaubild 5



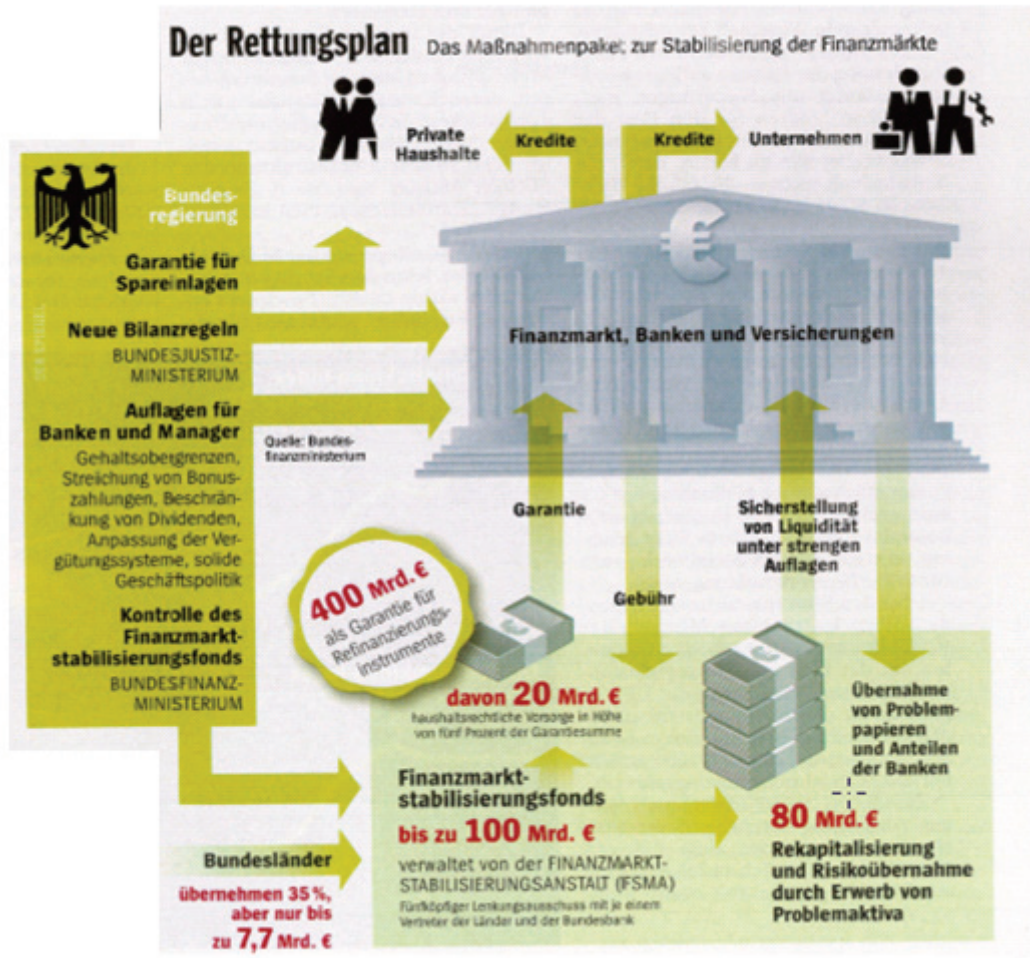
Die Gutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und der sogenannten „Fünf Weisen“ zeichnen ein düsteres Bild. Statt 1,8 % Wachstum, wie wohl in diesem Jahr, wird für 2009 ein Minus von bis zu 0,8 beim Bruttoinlandsprodukt prognostiziert. Es ist bestätigt, dass sich die Bundesrepublik derzeit in einer Rezession befindet. Der Städte- und Gemeindebund hat ausgerechnet, dass ein solcher Rückgang dann einen Steuerausfall von bis zu 15 Milliarden EURO für Bund, Länder und Gemeinden pro Jahr bedeuten würde.

Wir müssen auch davon ausgehen, dass das was bei den Banken passiert ist, Folgen haben wird für unseren Haushalt. Die Kredite sind in den letzten Monaten teurer geworden, z.T. werden immer noch Risikozuschläge bis zu einem Prozent verlangt, insbesondere bei unseren Töchtern. Es gibt auch Banken die sich ganz zurückziehen und beim Auslaufen von Zinsbindungen nicht mehr teilnehmen. Wobei es

sicher nicht dem Willen der Bundesregierung entspricht sich unter den Schutzschirm des Staates zu begeben, Bürgschaften zu nutzen und öffentliche Gelder zu leihen und sie dann nicht zur Stabilisierung der Wirtschaft und für öffentliche und private Investitionen einzusetzen.

Es kann und darf nicht sein, dass die Banken derzeit nur ihre meist bisher in Töchtern versteckten Risiken mit öffentlicher Hilfe absichern und den Kunden kein Geld mehr leihen; d.h. sie halten ihr Geld fest, um ihre Bilanzen aufzubessern und kappen die Kredite an die Privatwirtschaft. Das verschlimmert zsl. die wirtschaftliche Talfahrt. Dennoch sind die weltweiten Schutzschirme wichtig, denn die Folgen eines globalen Crashes wären für uns in Ludwigshafen, mit unseren stark exportorientierten Industriebetrieben, ungleich schlimmer als in anderen Städten.

Schaubild 6



In unserer umfassend vernetzten Finanz- und Wirtschaftswelt hängt alles miteinander zusammen. Haben die Banken kein Geld, bekommt die Wirtschaft kein Geld, erhalten die Bürger kein Geld, und zahlt niemand Steuern, d.h. dann erhalten auch die Kommunen weniger Geld.

Es hat sich gezeigt, Profitgier, Spekulationslust und Unmaß eines ungezügelten Kapitalismus gefährdet am Ende unser aller Wohlstand. Wenn Geldanleger, von Unternehmen 10 %, 15 % und mehr Prozent Gewinn-Ausschüttungen, sprich Dividende, verlangen, führt dies nur zu kurzfristigem Gewinnstreben, erhöht den Arbeitsdruck, gefährdet Arbeitsplätze und schafft schließlich immer größere Ungleichheiten in der Gesellschaft.

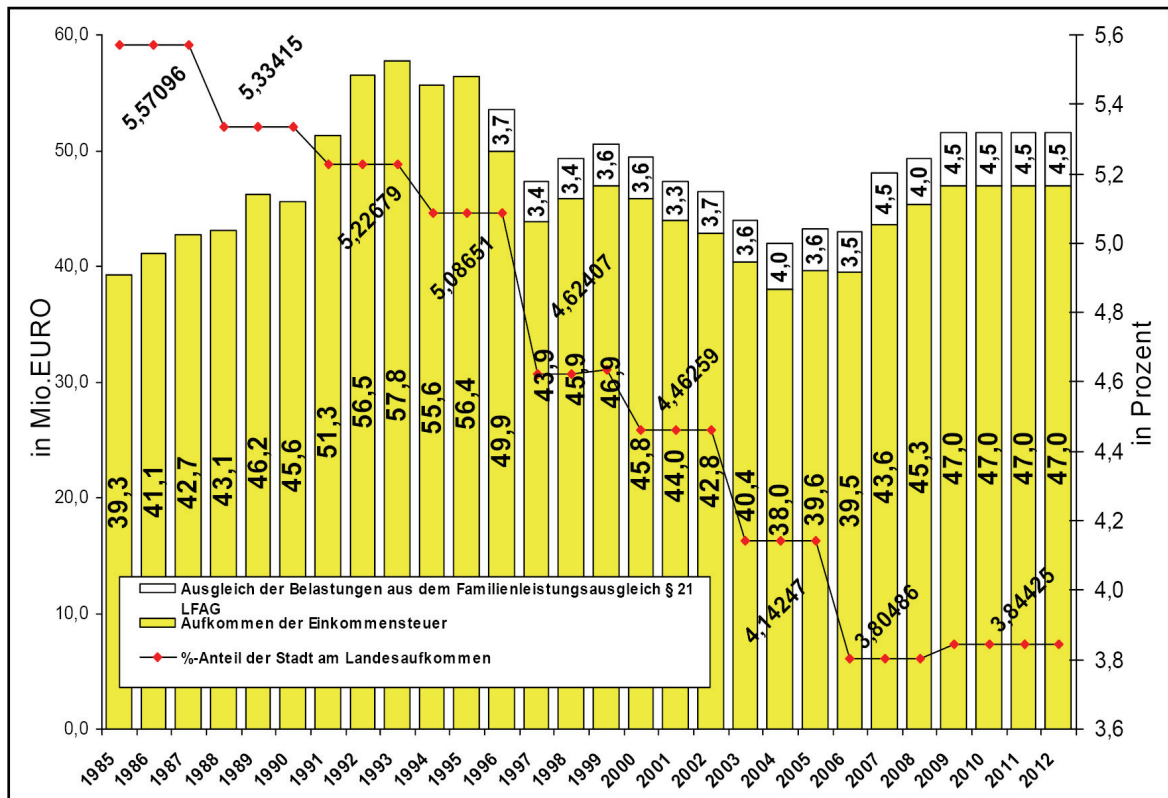
Wer dies konkreter nachlesen will, dem empfehle ich das Buch von Daniel Goeudevert „Das Seerosen-Prinzip – Wie uns die Gier ruiniert“.

Für uns heißt das, wir könnten mehrfach betroffen sein, steuerliche Rückgänge infolge einer gebremsten wirtschaftlichen Entwicklung, höhere Zinslasten bei uns, und belastete Abschlüsse von Tochterunternehmen mit höheren Verlustausgleichszahlungen.

Außerdem ist zu erwarten, dass die Unternehmenssteuerreform vom 01.01.2008 zeitversetzt noch Wirkung entfalten wird. Es ist zu befürchten, dass sich unsere Steuerkraft dauerhaft mindern könnte.

Bei der Einkommensteuer mussten wir in den letzten Jahren befürchten, dass es durch eine Änderung des Verteilungsschlüssel zwischen den Kommunen, zu erheblichen Mindereinnahmen kommt. Zwischenzeitlich ist es im Kreis der kommunalen Spitzenverbände gelungen einen Modus zu finden der nicht einseitig gegen die industriellen Kernstädte, d.h. dort wo die Menschen ihre Arbeit finden, wirkt. Die Verteilstruktur bleibt in etwa so wie bisher, weshalb wir auf dem Niveau des Jahres 2008 und etwas erhöht für 2009 und die Folgejahre jeweils 47 Mio. € Einnahmen eingeplant haben.

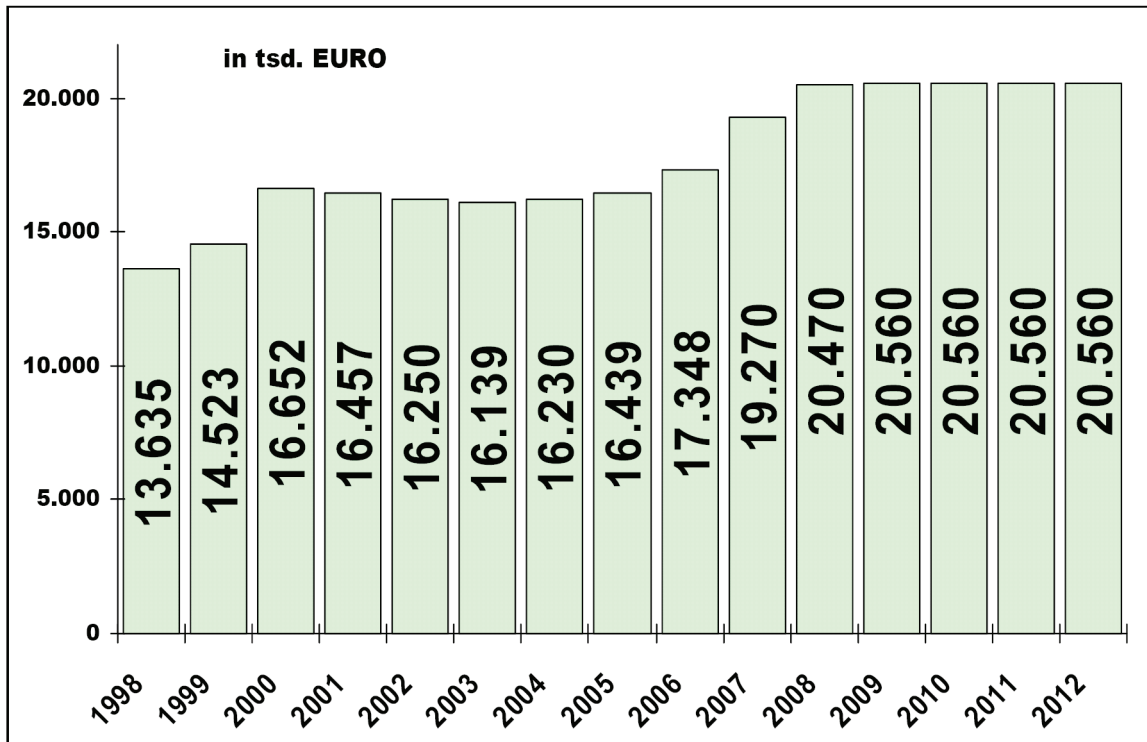
Schaubild 7



Ein wirtschaftlicher Rückgang mit Veränderungen bei den Arbeitsplatzzahlen könnte dies jedoch mittelfristig gefährden, weil dann insgesamt weniger Einkommensteuer gezahlt würde.

Die voraussichtlichen Einnahmen aus der Umsatzsteuer (MwSt.) können nach den letzten Schätzungsmittteilungen leicht erhöht mit jeweils knapp 20,6 Mio. € veranschlagt werden.

Schaubild 8



Bei der Grundsteuer B, für bebaute Grundstücke, erwarten wir wie in den Vorjahren rd. 26,6 Mio. € an Einnahmen.

Eine Erhöhung der Hebesätze ist nicht vorgesehen, wie insgesamt keine Erhöhung von Steuersätzen angedacht ist.

Wer aber, - wie zu lesen war -, an der Gewerbesteuerschraube drehen will, - dem sage ich deutlich, er gefährdet die Ergebnisabführungsverträge zu unseren Gunsten bei einem großen Steuerzahler. Er hat dann am Ende weniger in der Tasche als vorher, und hat nichts erreicht als populistisch Stimmung gemacht.

Dass mir mein Kämmererkollege aus Kassel am Rande jeder Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages vorwirft die Ergebnisabführungsverträge würden ihn stören, weil sie sein Defizit erhöhen, zeigt, dass unser Handeln im Interesse von Ludwigshafen nicht so falsch sein kann.

Die sog. Bagatellsteuern (Vergnügungs-, Hunde- oder Jagdsteuern) spielen mit 600.000 € bzw. 650.000 oder nur 2.300 € Jahreseinnahmen, eine untergeordnete Rolle.

Beim Finanzausgleich hat das Land nach langen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden endlich reagiert und Veränderungen vorgenommen. Um rund 142 Mio. € soll die Finanzausgleichsmasse landesweit 2009 und 2010 steigen.

Was uns in Ludwigshafen etwas hilft ist die angekündigte Anhebung der Schlüsselzuweisung B 1, von 41,93 auf 46,-- € pro Einwohner, für die Wahrnehmung der staatlichen Auftragsangelegenheiten, ein Mehr von rund 630.000,-- €.

Zusätzlich sollen die allgem. Straßenzuweisungen und die Zuweisungen zum Ausgleich von Schülerbeförderungskosten leicht steigen. Um die 75.000,-- bis 100.000,-- € könnten wir hier in beiden Fällen aufgrund der vorab mitgeteilten Zahlen des Landes mehr erhalten.

Insgesamt erwarten wir rund 750.000,-- € mehr, nicht die Rettung aus der Krise, aber besser als nichts.

Wobei wir hoffen an der Erhöhung der Zweckzuweisungen, 2009 eine Steigerung von 16,8 Mio. und 2010 von rund 32,7 Mio. gegenüber 2008, stärker zu profitieren. Wir haben erheblichen Sanierungsbedarf in Schulen, beim Willersinnfreibad, bei Brandschutzmaßnahmen usw., so dass Zuschüsse aus diesem Topf jederzeit willkommen und hilfreich sind. Dass es beim Land hier Offenheit gibt, hat man an den Zuschussbescheiden der letzten Wochen und Monate, als Millionen für die Innenstadtaufwertung, den Umbau der Endhaltestelle Oppau, die Erneuerung des Kaiserwörth-dammes, die Erschließung des Vögele-

Geländes, die Erweiterung und Sanierung der BBS Technik II usw. zugesagt wurden, gesehen.

Ungelöst ist für uns weiter die Frage einer gerechteren Lastenverteilung im Stadt-Umland-Verhältnis. Eine Auswertung des Dezernates 2 für das Haushaltsjahr 2007 hat ergeben, dass wir für weiterführende Schulen, für Kulturangebote, für das Klinikum usw., ohne Investitionsabschreibungen, nur für die konkrete Inanspruchnahme von Bewohnern des Umlandes, einen Betrag von jährlich zwischen 10 und 12 Mio. € Netto aufbringen müssen, ohne Ausgleich dafür zu erhalten.

Viele steuergesetzliche Änderungen in den letzten Jahren, - ich habe sie vor 3 Jahren genannt -, haben uns die Finanzkraft genommen weiter Lasten für das Umland zu tragen, nicht beim ÖPNV, der RHB, nicht beim Verein für Rheinauen, usw.

Wir bleiben bei unserer Forderung nach Änderungen im SchulG, statt Kostentragung nach dem Schulort-, gerechter nach dem Wohnort-Prinzip der Schüler, und Änderungen insbesondere bei der Berechnung der Finanzausgleichsumlage, entweder durch Erhöhung des Einwohnergleichwertes, die Wiederanwendung der sog. Popitz'schen Formel, - wie früher -, oder durch einen anderen Zentralitätsansatz. Ob uns die laufende Diskussion um eine Verwaltungsreform hilft und nennenswert finanziell entlastet glaube ich nicht. Dass wir bei unseren Jahresdefiziten weiter „abundante“ Stadt sind und keine Schlüsselzuweisung B 2 erhalten, sondern mit rd. 9,0 Mio. € Finanzausgleichsumlage mehr zahlen müssen, als wir mit 7,3 Mio. z.B. an Schlüsselzuweisung B1 erhalten, ist ein Unding und bei der Höhe unserer Defizite und Kassenkredite nicht zu akzeptieren.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte, d.h. Erträge aus Eintrittsgeldern, aus Mieten und Pachten, aus Werksverträgen usw., haben wir für 2009 und die Folgejahre mit jeweils zwischen 10 und 10,5 Mio. € veranschlagt.

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, Gebühren für Bescheide, Benutzungs- oder Pachtgebühren usw. rechnen wir mit Einnahmen zwischen 10,7 und 11 Mio. pro Jahr. Genaueres ist den jeweiligen Teilhaushalten zu entnehmen.

Bei den Ausgaben bilden die Personalaufwendungen weiter den größten Block.

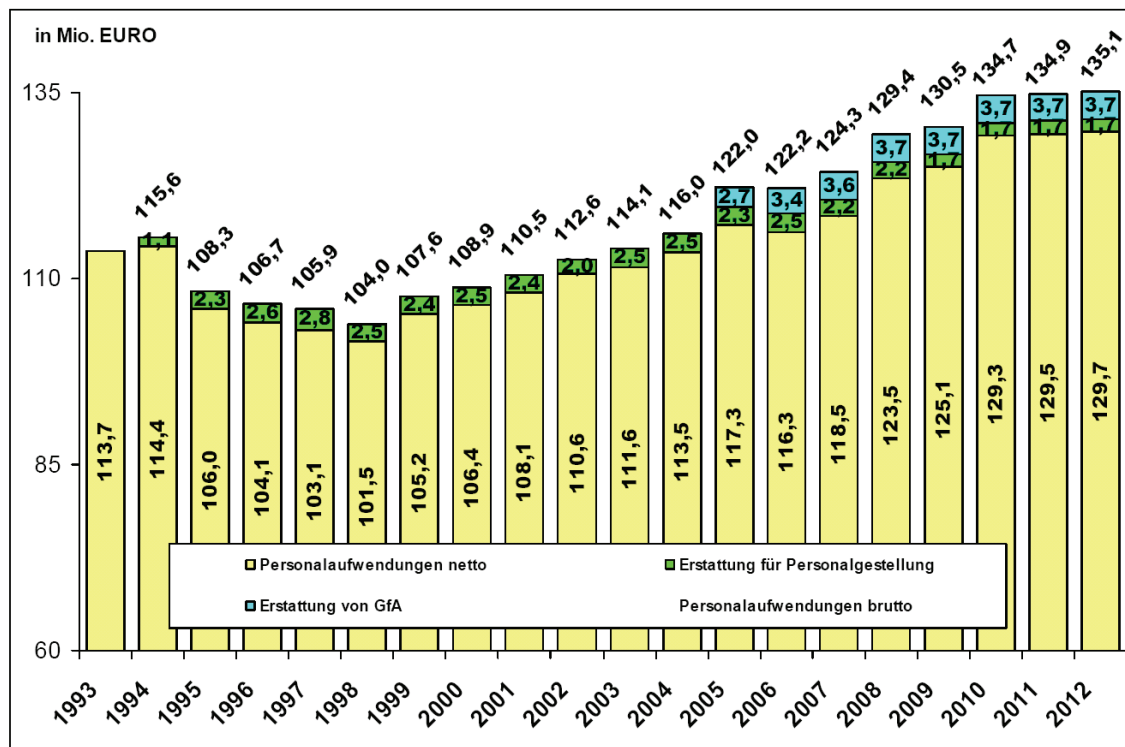
Sie setzen sich aus den beiden Posten des Ergebnishaushaltes

- Personalaufwendungen und
- Versorgungsaufwendungen

zusammen.

Die Veranschlagung geschah hier auf Grundlage der Meldungen der Verwaltungsbereiche und durch Beachtung der Tariferhöhungen für 2008 und 2009, sowie der rund 80 Mehrstellen 2009 im KiTa-Bereich. Ansonsten wurde davon ausgegangen, dass weitere Erhöhungen durch Personalfluktuations- und Bewirtschaftungsmaßnahmen wie die zeitlich befristete Wiederbesetzungssperre aufgefangen werden können.

Schaubild 9



Diese Personalausgaben betragen nach brutto 129,4 Mio. € 2008, in den Jahren

Jahr	brutto	netto nach Abzug von Erstattungen
2009	130,5	125,1
2010	134,7	129,3
2011	134,9	129,5
2012	135,1	129,7

Durch die erforderlichen Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen für die Umsetzung des Rechtsanspruchs für 2 Jährige im Kindergartenjahr 2010/11 werden dann nochmals 91,5 zusätzliche Stellen benötigt, die mit für die dargestellten Millionenerhöhungen von Jahr zu Jahr beitragen.

Neu aufnehmen mussten wir die **Abschreibungen**.

Sie sollen den Ressourcenverbrauch des städtischen Vermögens darstellen. In der Regel handelt es sich bei uns dabei um sogenannte „**nichtrentierliche**“ Abschreibungen, da der Vermögensverzehr nicht durch erhöhte Entgelte „verdient“ und wieder reinvestiert werden kann.

Bei der Veranschlagung der Abschreibungen wurden

- die Abschreibungen der bisher in der Anlagebuchhaltung erfassten Vermögensgegenstände
- und zusätzliche „Planabschreibungen“, die auf künftig beabsichtigten Investitionen basieren, berücksichtigt.

Im letzteren Fall der Planabschreibungen handelt es sich um angenommene Beträge, die mit einem fiktiven Durchschnittssatz linear abgeschrieben werden.

Aufgrund der bisher nicht bekannten Investitionssummen und Investitionsarten ist dies nicht anders möglich.

Schaubild 10

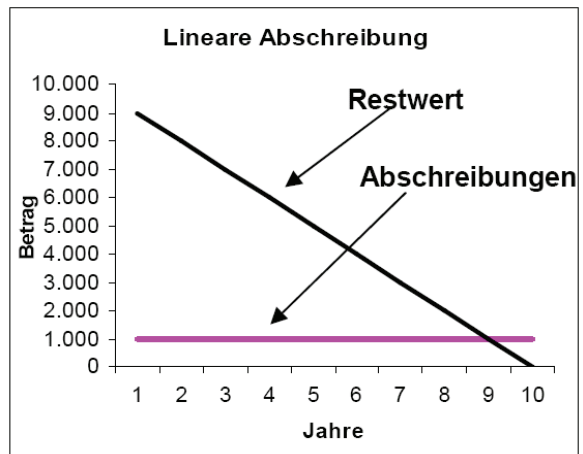
Folgende **Planabschreibungen** wurden berücksichtigt:

Jahr	Betrag	Darin pauschal für künftige Investitionen
2009	39,16 Mio.	0,63 Mio.
2010	39,76 Mio.	1,25 Mio.
2011	39,93 Mio.	1,63 Mio.
2012	40,00 Mio.	2,00 Mio.

Es wurden die landeseinheitlich vorgeschriebenen Abschreibungstabellen angewandt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis einschl. 410 EURO (ohne Umsatzsteuer) wurden sofort abgeschrieben.

Schaubild 11



Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen Aufwendungen für

- Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, (z.T. deutlich steigend)
- Unterhaltung und Bewirtschaftung,
- Kostenerstattungen (ohne den Sozialbereich)
- Sonstige Aufwendungen (z.B. für Schülerbeförderung, Grünconsult u.a.)

Veranschlagt sind in den Jahren:


Jahr	brutto
2009	68,9 Mio.
2010	67,9 Mio.
2011	67,7 Mio.
2012	67,2 Mio.

Zu den Aufwendungen zur sozialen Sicherung im Ergebnishaushalt gehören:

- Leistungen nach dem SGB II - **Grundsicherung**
 - Unterkunft und Heizung
 - Arbeitslosengeld II
 - Sozialgeld
 - Eingliederungshilfe
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB II
- Leistungen nach dem SGB XII - **Sozialhilfe**
 - Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB XII
- Leistungen nach dem SGB VIII - **Kinder- und Jugendhilfe**
 - Innerhalb und außerhalb von Einrichtungen
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe
- Sonstige Leistungen
 - nach dem Asylbewerbergesetz
 - Kriegsopferfürsorge
 - nach dem Betreuungsgesetz

Schaubild 12 (vorlesen)

Stadt Ludwigshafen am Rhein
Aufwendungen zur sozialen Sicherung



Jahr	Grundsicherung, Sozialhilfe und sonstige Leistungen	Kinder- und Jugendhilfe	Zusammen
2009	94,4	43,5	137,9 Mio.
2010	94,9	45,8	140,7 Mio.
2011	95,4	46,7	142,1 Mio.
2012	95,9	47,6	143,5 Mio.

Dem stehen auch Erträge (Erstattungen, Kostenbeteiligung Dritter usw. gegenüber):

2009	63,9 Mio.	(Nettolast 74,0 Mio.)
2010	67,1 Mio.	(Nettolast 73,6 Mio.)
2011	67,1 Mio.	(Nettolast 75,0 Mio.)
2012	67,1 Mio.	(Nettolast 76,4 Mio.)

Schaubild 12 Kämmererei November 2008 - Büro Bürgermeister Zeiser

Keine Kürzungen vorgenommen haben wir bei den Zuschüssen an Vereine, Verbände, soziale Organisationen usw. Wir wollen das Ehrenamt in der Stadt fördern und nicht erschweren. Allen die sich hier für das Gemeinwohl einbringen, sagen wir herzlichen Dank; ihre Arbeit ist wichtig, wertvoll und für die Gesellschaft und das Zusammenleben in der Stadt von großem Nutzen.

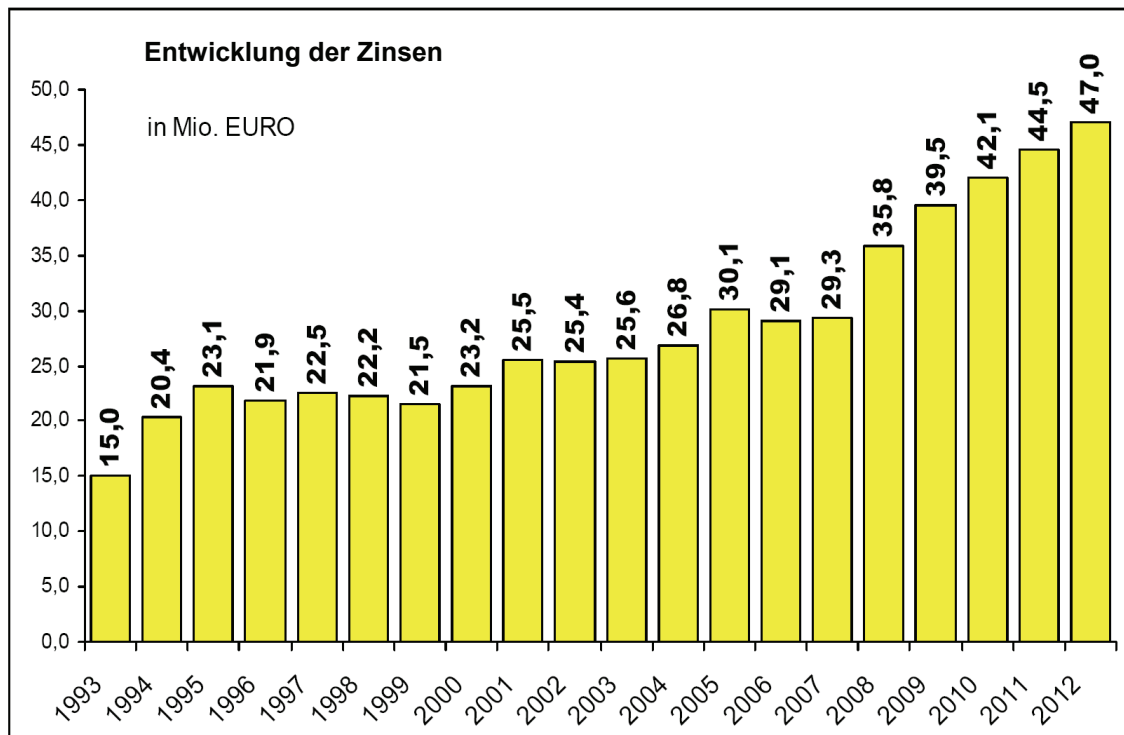
Was uns zukünftig immer mehr weh tun wird, sind die Aufwendungen für Zinsen. Sie steigen infolge der sich anhäufenden Verlustvorträge und der allgem. Finanzkrise stetig.

Von etwa 35,8 Mio. € 2008, auf über 47,0 Mio. € 2012. Ein Zuwachs von 11,2 Mio. € in nur 4 Jahren; - bei steigenden Zinsen noch mehr -, eine sich selbst beschleunigende Spirale. Da hilft auch ein aktives

Schuldenmanagement mit Derivaten, Zinssicherungselementen usw.)
nur wenig.

Hier liegt eine große Gefahr der wir hilflos ausgesetzt sind, und hier wird
viel Geld unproduktiv gebunden, das für nichts anderes mehr zur
Verfügung steht.

Schaubild 13



Die Dramatik unserer Finanznot wird hier noch augenfälliger, wenn wir
uns verinnerlichen, dass wir Darlehen aufnehmen müssen, um diese
Zinsen, aber auch um die aus den Darlehen sich ergebenden Tilgungen
bezahlen zu können.

Ich komme damit zum **Finanzhaushalt**

Die **Aufgaben** des neuen Finanzhaushaltes umfassen

- eine jahresbezogene Abbildung sämtlicher Zahlungsströme,
- die Darstellung der Mittelherkunft (Finanzierungsquellen) und der Mittelverwendung,
- die Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes und damit letztlich auch der Liquiditätssteuerung, und
- die Bedienung der Finanzstatistik.

Investitionen sind im neuen System **ergebnisneutral**, da durch sie Vermögen nicht vermehrt sondern nur verändert wird. So erhöht sich z.B. durch eine Baumaßnahme das Anlagevermögen, andererseits verringert sich das Barvermögen oder erhöhen sich die Schulden.

Der Finanzplan als Teil des Finanzhaushaltes soll auch

- die Ein- und Auszahlungen im Rahmen von **Investitionen** ausweisen und hierfür die Ermächtigung durch den Stadtrat geben, sowie
- Ein- und Auszahlungen im Rahmen der **Finanzierungstätigkeit** (Kreditaufnahme und Tilgung) darstellen.

Der Finanzplan enthält auch Zuschüsse an Dritte, wenn diese bei der Stadt indirekt vermögensbildend sind, z.B. für Kindertagesstätten-Investitionen der Kirchen oder freien Träger, 2009 2,5 und 2010 6,9 Mio. €; oder an Sportvereine für Maßnahmen nach dem „Goldenen Plan“. Aber nicht den Zuschuss an die Bahn für Lärmschutzmaßnahmen am Bahn-Gleis von Oggersheim durch Oppau/Edigheim zum KV-Terminal in Höhe von 50.000,-- € in 2009, oder die Betriebskostenzuschüsse an Vereine und soziale Gruppen in der Stadt.

Solche Zuschüsse ohne Vermögensbildung bei uns werden wie konsumtive Ausgaben behandelt und sind deshalb im Ergebnishaushalt veranschlagt; jeweils dort, wo sie fachlich hinzugehören.

Die Salden des Finanzhaushaltes für die Jahre 2009 bis 2012 lauten wie folgt (in Mio.):

Schaubild 14 (vorlesen)

Jahr	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Netto- Neuverschuldung)	Bruttokreditaufnahme (=Saldo Investitionstätigkeiten + Tilgung)
2009	- 53,14 Mio.	- 37,59 Mio.	- 54,59 Mio.
2010	- 65,10 Mio.	- 52,55 Mio.	- 70,55 Mio.
2011	- 62,94 Mio.	- 31,46 Mio.	- 50,66 Mio.
2012	- 66,37 Mio.	- 22,17 Mio.	- 42,74 Mio.

Die **ordentlichen Ein- und Auszahlungen** umfassen die Ergebniszahlen der Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushaltes. Da diese bei uns negativ sind, müssen sie aus Darlehensaufnahmen finanziert werden.

Zu den **Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** gehören

- die Investitionen und
- ihre Finanzierung, ausgenommen die Finanzierung durch Kreditaufnahme.

Zu den **Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** gehören

- die Aufnahme von Investitionskrediten und
- von Krediten zur Liquiditätssicherung
so wie deren Tilgung.

Bei der Planung von Investitionsmaßnahmen für 2009 hatten wir auch zu berücksichtigen, dass durch das „**Rumpfhaushaltsjahr**“ 2008 in diesem Jahr erhebliche Beträge nicht abgearbeitet werden können und deshalb im Jahr 2009 nochmals zu veranschlagen waren; früher wären dies Haushaltsausgabereste gewesen.

Es bleibt leider dabei, es gibt im investiven Bereich nicht viel zu verteilen; bei 250 – 300 Mio. € geschätzten Investitionsstau jedenfalls nicht so viel, wie es notwendig wäre. Alles was wir tun ist rein darlehensfinanziert, - wie gesagt -, auch die Tilgung die wir für unsere Altdarlehen zahlen müssen.

Wir arbeiten also, orientiert an Ziffer 4.1.4 zu § 103 GemO Rhld.-Pfalz nur Sachzwänge ab, mehr würde die Aufsichtsbehörde bei den vorgenannten Jahresdefiziten auch nicht genehmigen können.

Schaubild 15

	Budget 2009	Budget 2009 (Auszahlungen)	Budget 2009 (Einzahlungen)
Sanierung Theater im Pfalzbau	-4.163.000,00	-8.325.000,00	4.162.000,00
Rheingalerie	-1.750.000,00	-3.900.000,00	2.150.000,00
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Nord	-1.558.000,00	-2.010.000,00	452.000,00
Neubau Gastronomiebereich BBS T 2	-1.475.000,00	-2.000.000,00	525.000,00
Gefahrenverhütungs- schau Schulen, SZ Mundenheim	-1.380.000,00	-1.380.000,00	0
Mundenheimer Str. 35, Umbau zum Hort, Stadterneuerung	-1.240.300,00	-1.240.300,00	0
Sanierung Grundschule Pflingstweide	-1.171.780,00	-2.371.780,00	1.200.000,00
Baukostenzuschuss KTS an freie Träger Kath. Kirche	-1.070.636,00	-1.070.636,00	0
Sanierung Hochstraße Nord, Planungskosten	-1.044.000,00	-1.450.000,00	406.000,00
Baukostenzuschuss KTS an freie Träger Prot. Kirche	-989.150,00	-989.150,00	0
Grundenwerb allgemein	-900.000,00	-900.000,00	0
Brandschutz u. Sanierung Rathaus	-900.000,00	-1.500.000,00	600.000,00
Ortskern Edigheim	-870.000,00	-870.000,00	0
Aufbau eines neuen Serverraumes	-850.000,00	-850.000,00	0
Sanierung BBS Kerschensteiner Zentrum	-700.000,00	-700.000,00	0
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Marienstraße	-643.000,00	-830.000,00	187.000,00
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Ernst-Reuter-Siedlung	-609.600,00	-786.600,00	177.000,00
Sanierung Willersinnfreibad	-600.000,00	-1.000.000,00	400.000,00
An ZRN für Baukosten S-Bahn Rhein-Neckar	-600.000,00	-600.000,00	0

Schaubild 16

Stadt Ludwigshafen am Rhein
Investitionsmaßnahmen ab 500.000 Euro - Übersicht



	Budget 2009	Budget 2009 (Auszahlungen)	Budget 2009 (Einzahlungen)
Eisenbahnstraße, Rheingönheim	-600.000,00	-600.000,00	0
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Brückweg	-550.000,00	-710.000,00	160.000,00
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Melm	-535.000,00	-690.000,00	155.000,00
Sanier. Erich-Kästner-Schule	-500.000,00	-500.000,00	0
Fenster- u. Dachsanierung Wilhelm-Leuschner-Schule	-500.000,00	-500.000,00	0
Sanierung BBS Wirtschaft I, Rheinschule	-500.000,00	-500.000,00	0
Baumaßn. f. 2Jährige, KTS Langgewann	-496.000,00	-640.000,00	144.000,00
Hochbau, Soziale Stadt,	-374.000,00	-1.870.000,00	1.496.000,00
Hochbau, Stadterneuerung Mitte	-250.000,00	-1.250.000,00	1.000.000,00
Bahnhof Mundenheim	-250.000,00	-1.000.000,00	750.000,00
IGS Gartenstadt	-218.000,00	-544.000,00	326.000,00
Erschließungsgebiet im Oberfeld	-192.000,00	-2.065.000,00	1.873.000,00
Stadtumbau (EFRE)	-140.000,00	-840.000,00	700.000,00
Begrünungsmaßnahmen, Soz. Stadt, Mundenheim	-117.000,00	-585.000,00	468.000,00
Östlicher Bahnsteigzugang, S-Bahn - Rhein-Neckar	-100.000,00	-600.000,00	500.000,00
Erschließung Notwende / Melm, Straßenbau 3. u. 4. BA	-70.000,00	-700.000,00	630.000,00
Erschließung Neubruch, Straßenbau	-60.000,00	-600.000,00	540.000,00

Schaubild 16 November 2008 - Büro Bürgermeister Zeiser

Schaubild 17

Stadt Ludwigshafen am Rhein
Investitionsmaßnahmen ab 500.000 Euro - Übersicht



	Budget 2009	Budget 2009 (Auszahlungen)	Budget 2009 (Einzahlungen)
Kosten der Einhausung des Getreidespeichers Zollhof	0	-500.000,00	500.000,00
Neugestaltung der Rheinufersperrpromenade	0	-1.500.000,00	1.500.000,00
Landespflegerische Ausgleichs - u. Ersatzmaßnahmen,	0	-630.000,00	630.000,00
Bahnhof Rheingönheim	150.000,00	-850.000,00	1.000.000,00
Veräußerung v. Grundvermögen, Stadterneuerung Mundenh.	500.000,00	0	500.000,00
Veräußerung von Grundvermögen, bebaute Grundstücke	600.000,00	0	600.000,00
Zuweisungen vom Bund, Stadterneuerung Mundenheim	750.000,00	0	750.000,00
Veräußerung von Grundvermögen, unbebaute Grundstücke	2.961.000,00	0	2.961.000,00
Aus Veräußerung von Grundvermögen Zollhofgelände	3.900.000,00	0	3.900.000,00

Schaubild 17 November 2008 - Büro Bürgermeister Zeiser

Eine Liste aller Investitionen im Finanzplan, auch diejenigen unter 500.000,-- €, werde ich den Fraktionen überlassen.

Die Hauptinvestitionsfelder liegen bei den gesetzlich übertragenen Aufgabenfeldern, insbesondere dem Bau von Kindertagesstätten, im Bereich der gesetzlich vorgegebenen Brandschutzvorsorge, bei unumgänglichen Schulsanierungsmaßnahmen, der Beseitigung von Auflagen aus den periodisch vorgeschriebenen Gefahrverhütungsschauen, bei der Fortsetzung der Sanierung des Pfalzbaus und des Rathauses, der Fortsetzung der Stadtsanierung und den Programmen der sozialen Stadt, der Umsetzung des in den Ortsbeiräten beschlossenen Straßenausbauprogramms, und dem Stadtumbau-Prozess, mit den Verkehrsführungsmaßnahmen im Umfeld des ECE-Projektes „Rheingalerie“ und der Aufwertung der Innenstadt mit Hilfe der sog. Minister-Millionen.

Neu, auch aus Gründen der Gefahrverhütung sind eigentlich nur der Beginn der Sanierung des Willersinn-Freibades und der Ausbau des sog. Pfalzmarktweges in Ruchheim.

Finanziert werden die Maßnahmen durch Beitragseinnahmen der Bürger in Höhe von 8,14 Mio. €, durch Landeszuschüsse in Höhe von 25,43 Mio. €, Verkaufserlöse von 8,71 Mio. € und durch eine Gesamtdarlehensaufnahme von 54,59 Mio. € 2009 Brutto, inclusive der rd. 17 Mio. € für Tilgungen. 2010 bräuchten wir Brutto 70,55 Mio., (bei 18 Mio. Tilgung) 2011 50,66 Mio. (mit 10,2 Mio. für Tilgung) und 2012 42,74 Mio. € Darlehensmittel (incl. 20,57 Mio. Tilgung). Wobei die Frage der dadurch verursachten konkreten Zinslast bis 2012 schwer einzuschätzen ist.

Was sie im Finanzplan (noch) nicht finden, ist die vielfach geforderte Sanierung der Georgensschule. Hier sind wir in Prüfung und auf der Suche nach einem Sonderfinanzierungsmodell für eine energetische Modellsanierung. Außerdem bemühen wir uns um eine Landesförderung, damit wir die geschätzten 9 Mio. € Kosten für einen Neubau am gleichen Ort, nicht alleine finanzieren müssen. Wir gehen davon aus, dass wir hier 2009 weitere Klarheit bekommen und dann über eine Veranschlagung in den Folgejahren befinden können.

Aufgrund der im Haushalt 2009 darzustellenden Prognosen bis 2012, könnten sich die aufgehäuften Fehlbeträge wie folgt entwickeln (in Mio.):

Schaubild 18 (vorlesen)

Jahr	Fehlbedarf des betreffenden Jahres <u>mit</u> Abschreibungen	Fehlbedarf des betreffenden Jahres <u>ohne</u> Abschreibungen	Summe der angesammelten Defizite <u>mit</u> Abschreibungen	Summe der angesammelten Defizite <u>ohne</u> Abschreibungen
Bis 2008		56,5	487,9	487,9
2009	90,5	51,3	578,4	539,2
2010	99,1	59,3	677,5	598,5
2011	103,2	63,3	780,7	661,8
2012	106,7	66,7	887,4	728,5

Negativ entwickeln wird sich, wegen der erheblichen Investitions- und Sanierungszwänge, auch der investive Schuldenstand.

Schaubild 19 (Ergebnisse am Jahresende vorlesen)

		Kreditbedarf für	
		Investitionen	Tilgung
Der Schuldenstand Ende 2007 betrug (lt. Rechenschaftsbericht)	335.006		
○ Mögliche Kreditaufnahme 2008	57.746		
○ Geplante Tilgung 2008	-16.571		
Rechnerischer Schuldenstand Ende 2008	376.181		
○ Mögliche Kreditaufnahme 2009	54.594	37.594	17.000
○ Geplante Tilgung 2009	-17.000		
Rechnerischer Schuldenstand Ende 2009	413.775		
○ Mögliche Kreditaufnahme 2010	70.550	52.550	18.000
○ Geplante Tilgung 2010	-18.000		
Rechnerischer Schuldenstand Ende 2010	466.325		
○ Mögliche Kreditaufnahme 2011	50.655	31.455	19.200
○ Geplante Tilgung 2011	-19.200		
Rechnerischer Schuldenstand Ende 2011	497.780		
○ Mögliche Kreditaufnahme 2012	42.744	22.174	20.570
○ Geplante Tilgung 2012	-20.570		
Rechnerischer Schuldenstand Ende 2012	519.954		

Addiert man Verlustvorträge (ohne Abschreibungen) und Investitionsschulden, dann haben wir einen Gesamtdarlehensstand:

- Ende 2008 = 798,14 Mio. €
- Ende 2009 = 887,04 Mio. €
- Ende 2010 = 998,89 Mio. €
- Ende 2011 = 1,094 Mrd. €
- Ende 2012 = 1,182 Mrd. €

Die Zahlen die sie gerade gehört haben sprechen eine klare und bedrückende Sprache, es muss deshalb mit der Konsolidierung und dem Sparen weitergehen, unabhängig von Wahlterminen.

Bei dieser Entwicklung stellt sich auch die grundsätzliche Frage, gibt es überhaupt eine Chance den negativen Teufelskreis zu durchbrechen? Ich sage, theoretisch gäbe es Ansätze, diese tun aber weh, haben erhebliche Folgewirkungen und sind politisch nicht einfach.

Ich nenne trotzdem einige Ansätze die alle deutliche finanzielle Wirkung haben, entweder bei den Einnahmen, oder dem personellen und sächlichen Aufwand.

Erstens: Einer Verwaltungs-Reform könnte/sollte eine Gebietsreform folgen, bei der die Versäumnisse der Reform von 1972 korrigiert und der Stadt Umlandgemeinden, wie dies z.B. in Mainz, Worms, Kaiserslautern, d.h. fast allen größeren Städten im Lande der Fall war, zugeordnet werden. Unsere Einwohnerstruktur würde stabilisiert, die Anteilsquote bei der Einkommensteuer erhöht und die Stadt hätte, weil mehr Fläche, bessere Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten; es wäre auch ein wichtiger Ansatz zur Lösung der Stadt-Umland-Problematik.

Dem Grundgedanken der aktuellen Reformansätze des Innenministeriums würde es entsprechen Verwaltungsstrukturen zu verschlanken und damit insgesamt Bürgergeld zu sparen. Die Mitarbeiter der Vorort-Verwaltungen könnten in die Stadtverwaltung integriert, die örtlichen Interessen in den Ortsbeiräten, wie es bei uns gelebte Praxis ist, nachhaltig vertreten werden.

Ich habe zwar meine Zweifel, aber wir können ja (mit Landeshilfe) vielleicht einmal einen Versuch der Freiwilligkeit wagen (s. das Modell Cochem). In Stufe 2 der angedachten Reform des Mdl sollen solche Themen im Focus stehen.

Zweitens: Um Personal- und Sachaufwand zu sparen müssten wir weitere Angebote und Leistungen in Einrichtungen in Frage stellen; nicht mehr anbieten als in anderen Städten, wohl wissend, dass dies Auswirkungen haben könnte.

Fast alle Industriestädte haben hier übrigens die gleichen Probleme. In guten Jahren wurden, um Probleme zu lösen und Bürgerforderungen und Interessen zu befriedigen, Angebote und Einrichtungen geschaffen, die Heute bei der dauerhaft veränderten Einnahmesituation kaum noch zu finanzieren sind.

Solche Diskussionen gibt es nicht nur in Ludwigshafen, sondern landauf, landab.

Drittens: Wir müssten für übertragene Aufgaben einen echten, vollen Kostenausgleich erhalten. Im Rahmen der Konnexität in Rheinland-Pfalz nicht nur meist pauschalierte Erstattungen; davon profitieren nur die, die nicht die hohen Kosten haben.

Und vom Bund und der EU erwarten wir ebenfalls Konnexität, d.h. auch dort müsste gelten, „wer bestellt – bezahlt“.

Viertens: Wir müssten aufhören mit hohen Subventionen, die am Ende doch entweder aus Steuermitteln, oder wegen der Defizite Heute meist sogar aus Darlehensaufnahmen finanziert werden müssen. Gerade im ÖPNV wird derzeit jede Fahrkarte mindestens mit der gleichen Summe subventioniert. Ich weiß, ein unpopuläres Thema, aber es geht um keine kleinen Beträge.

Fünftes: Wir bräuchten nicht nur einen stärker auf die Wirtschaftsräume, - wo die Steuern erarbeitet und das Geld verdient wird -, zugeschnittenen Finanzausgleich im Lande, sondern auch ein anderes Steuersystem, nach dem die Steuern generell mehr dort bleiben wo die Produktionsstandorte sind und die dafür notwendige meist teure Infrastruktur (s. Hochstraßen) vorgehalten werden muss.

Sechstens: Wir bräuchten auch mehr Steuerehrlichkeit, damit der Staat auch das erhält, was ihm nach den geltenden Gesetzen gebührt. Auch das Schließen von Schlupflöchern und Umgehungsmöglichkeiten, meist genutzt durch eine offensiv werbende „Beratungsindustrie“, müsste stärker im Mittelpunkt stehen. Das Geld fehlt allen, auch den Kommunen.

Siebtens: Belastet werden wir auch mit den Kosten der Unterkunft für einen hohen Anteil an Dauerarbeitslosen, die selbst mit besten Maßnahmen und erheblichen Vermittlungsbemühungen nicht in den 1. Arbeitsmarkt vermittelbar sind, weil es dort keine Nachfrage gibt und absehbar auch keine geben wird. Hier bräuchten wir einen ehrlich steuerfinanzierten 3. Arbeitsmarkt, wo diese Menschen sozialversicherte, notwendige und gemeinnützige Arbeit leisten könnten, Arbeit die ansonsten nicht getan werden würde.

Achtens: Wir müssten uns gemeinsam stärker für eine gesellschaftlichen Wandel einsetzen, und nicht zulassen, dass zur Lösung von Problemen immer vorwiegend nach dem Staat gerufen wird. Wo Eltern ihre Erziehungspflichten stärker wahrnehmen, und wo nicht immer mehr Ordnungskräfte an immer mehr Orten tätig werden müssen um gegen Vandalismus, Lärmprobleme, Umwelt-Verschmutzungen und Alkoholexzesse einzuschreiten.

Es ist unser Staat, unsere Stadt, wir alle sind hier gefordert mehr Mut und Zivilcourage zu zeigen.

Und Neuntens: Dass alle großen Städte im Lande (bis auf Ingelheim und einige kleinere Gemeinden) negative Haushalte haben, kann und darf der Bund und das Land nicht dauerhaft negieren. Es kann kein Zufall sein, dass alle das gleiche Problem haben. Der dringend reformbedürftige Finanzausgleich ist die eine Seite, aber Mäßigung bei politischen Versprechungen, eine generelle Aufgabenkritik und die Rücknahme weiterer kostentreibender Standards im investiven Bereich, könnte auch zu deutlichen Entlastungen führen.

Eine Anmerkung zum besseren Verständnis der Zahlen muss ich am Ende noch machen. Wegen der unterschiedlichen Strukturen von Kameralistik und Doppik können sie die Schlusszahlen des Nachtragshaushaltes 2008 mit Minus 56,5 Mio. € und des Ergebnishaushaltes 2009 mit Minus 51,4 Mio. € nicht einfach vergleichen.

Bereinigt man die Zuführungslast im alten kameralen Haushalt 2008 von 16,5 Mio. für die Tilgung, die vom Verwaltungs- dem Vermögenshaushalt zugeführt wird, und die finanzielle Zuführung aus Vermögensverkäufen in Höhe von 3,4 Mio. vom kameralen Vermögens- an den Verwaltungshaushalt, dann stehen sich bereinigt 2008 Minus 43,4 und 2009 Minus 51,3 Mio., an Fehlbeträgen gegenüber. Das heißt 7,9 Mio. ist das Ergebnis 2009 strukturell schlechter als 2008.

3,9 Mio. kommen aus einem höheren Zinsaufwand, 1,6 Mio. aus höheren Personalkosten (ich erinnere an die zsl. Ki-Ta-Stellen) und Mehrkosten in Höhe von 2,8 Mio. entstehen im Sozial- und Jugendbereich.

Fazit: Es wird leider nicht besser, sondern von Jahr zu Jahr kritischer und schwerer. Wobei ich schon noch einmal deutlich darauf hinweisen möchte, dass 86 % unserer Ausgaben (bewertet wurde das Jahr 2008) für Pflichtaufgaben und nur 14 % für sog. freiwillige Leistungen sind. Nur, wollen und können wir die Kultur auf „Null“ senken, Theater und Museen schließen, die Vereinsförderung einstellen usw., ich meine „Nein“, wir erhielten eine tote Stadt, eine Stadt die weder für die Bewohner, noch für Investoren attraktiv wäre.

Unsere Zukunftslasten werden sich also weiter erhöhen, weshalb verstärkte und dauerhafte Anstrengungen unumgänglich sind.

Für die politischen Haushaltsberatungen heißt das, es gibt nichts zusätzlich zu verteilen, allenfalls über andere Prioritätensetzungen könnten Umschichtungen vorgenommen werden.

Ich komme zum Schluß.

Was die Verwaltung, was die Kämmerei, insbesondere Herr Hofmann, und beispielhaft auch Frau Drescher, Herr Brose, und viele andere in der Verwaltung im Rahmen der Einführung der Doppik in den letzten Monaten geleistet haben, war gewaltig. Das waren viele Wochenenden, viele Abendstunden, viel Zusatzarbeit usw., dafür mein, - dafür unser aller - Dank.

Ich verweise nochmals auf den ausführlichen, erläuternden Vorbericht. Für die Beantwortung von Fragen während der Beratungen in den Ausschüssen und politischen Gremien stehen die Mitarbeiter der Kämmerei, und stehe ich, selbstverständlich zur Verfügung.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.